

Was erwartet der Leser von der Zeitung?

Horst Pöttker

Was erwartet der Leser von der Zeitung? — Die Frage kann verschieden aufgefaßt werden. Zum einen empirisch: dann erkundigt sie sich danach, womit Zeitungsleser in der Bundesrepublik heute *tatsächlich* rechnen, wenn sie zu dem Blatt greifen, das sie abonniert oder am Kiosk gekauft haben. Und zum anderen normativ: dann erkundigt sie sich danach, was Leser von der Presse erwarten *sollten*, damit unsere Gesellschaft ihre Probleme lösen kann und Demokratie sich nicht in den Buchstaben der Verfassung erschöpft.

Was erwartet der Leser tatsächlich?

Zunächst ein paar Bemerkungen zur empirischen Auffassung: Die tatsächlichen Lesererwartungen sind hauptsächlich insofern bekannt, wie die werbende Wirtschaft sich dafür interessiert. Die meisten Zeitungen in der Bundesrepublik haben von kommerziellen Meinungsforschungsinstituten Leserschaftsanalysen durchführen lassen, bei denen z. B. mit Hilfe von „copytests“ festgestellt wird, welche Seiten besondere Aufmerksamkeit finden, wo also Anzeigen zu plazieren wären, um mit ihnen die höchste Wirkung zu erzielen. Es ist vermutlich kein Zufall, sondern hat mit den Interessen zu tun, von denen empirische Sozialforschung hierzulande angeregt zu werden pflegt, daß wir über solche Details hinaus recht wenig darüber wissen, welche Einstellungen zur Tagespresse in der Bevölkerung verbreitet sind. Es mangelt z. B. an genauen Angaben, wie groß der Anteil derjenigen noch ist, die von ihr politisch aufgeklärt werden wollen, was in der klassischen Epoche der bürgerlichen Gesellschaft immerhin ein Grund dafür war, daß Zeitungen überhaupt entstanden sind.¹

Die Journalisten könnten aufgrund der zahlreichen Anrufe und Briefe ihrer Leser versucht sein, sich in bezug auf die tatsächlichen Erwartungen des Publikums für kompetenter zu halten als die Sozialwissenschaftler. Diese wiederum haben

herausgefunden, daß es nur ein kleiner und keineswegs repräsentativer Teil des Zeitungspublikums ist, der in den Redaktionen anruft oder Leserbriefe schreibt. Und sie haben auch herausgefunden, daß die Tagespresse heute keinen besonders guten Ruf hat: obwohl mehr Menschen die Zeitung subjektiv für unentbehrlich halten als den Hörfunk oder das Fernsehen, was aus den praktischen Funktionen der Zeitung auf lokaler Ebene (Kleinanzeigen, Veranstaltungshinweise usw.) leicht erklärlich ist, rangiert sie, was ihre Wertschätzung als aktuelle politische Informationsquelle sowie die Einschätzung ihrer Glaubwürdigkeit angeht, unter den drei Medien mit Abstand an letzter Stelle.²

Was sollte der Leser erwarten?

Ich möchte mich hier auf die andere, normative Seite des Themas Lesererwartung konzentrieren, die m. E. ein wichtigerer Maßstab zur Beurteilung der journalistischen Arbeit ist. Emil Dovifat, der Begründer der Zeitungswissenschaft in Deutschland, hat schon vor rund 50 Jahren festgestellt: „Die Nachricht trägt in all ihren Formen meinungsbildende Kräfte in sich. Das liegt in ihrer Natur und ist nicht auszuschalten. Indem also die Zeitung jüngstes Gegenwartsgeschehen in ihren Nachrichten übermittelt, ist auch sie subjektiv. Wer diese Subjektivität der Zeitung leugnet, leugnet die Zeitung selbst. Er würde insbesondere der subjektiven Wahrhaftigkeit, die von der Zeitung verlangt werden muß, nie gerecht werden; er würde ihre nur mit voller persönlicher Hingabe für die Gemeinschaft zu leistende Aufgabe erstarren lassen in der Nüchternheit und Dürre protokollarischer Feststellung.“³ Dies Zitat mag genügen, um zunächst die Vorstellung auszuräumen, die Leser hätten an die Zeitung keine anderen und vor allem keine höheren Ansprüche zu stellen als den, daß das aktuelle Geschehen richtig und vollständig wiedergegeben wird. „Objektivität“ kann es schon deshalb nicht geben, weil die Berichterstattung immer eine Auswahl aus der Gesamtheit aller Ereignisse treffen muß; eine Auswahl, die sich der Kontrolle des Lesers entzieht. Dessen erste Erwartung sollte deshalb sein, daß die Zeitung ihre unvermeidliche Subjektivität, die schon in ihren redaktionellen Kriterien dafür steckt, welches Ereignis eine Nachricht wert ist

und welches nicht, sich selbst und dem Publikum bewußt macht, indem sie eine gesellschaftliche Aufgabe bestimmt, die zu erfüllen sie sich zum Ziel setzt.

Wie könnte diese Aufgabe heute in der Bundesrepublik aussehen? Bei dem folgenden Versuch, aus allgemeinsoziologischen Überlegungen eine Antwort darauf zu entwickeln, werden am Ende Ansprüche an die Zeitung gestellt, die unrealistisch, wenn nicht naiv erscheinen mögen. Es wird sich jedoch zeigen, daß die Erfüllung der gesellschaftlichen Aufgabe, die den Massenmedien in einer komplexen Industriegesellschaft zufällt, für uns alle lebenswichtig ist. Deshalb müssen wir Leser höchste Anforderungen an die Zeitung stellen, so, als wüßten wir von ihren Produktionsbedingungen nichts, zu denen in der Regel Abhängigkeiten des Verlags von den großen Anzeigenkunden, Konkurrenz- und Anpassungsdruck in den Hierarchien der Redaktion oder Terminhetze und mangelnde Ausbildung der Journalisten vor Ort gehören. Schon als Gegengewicht gegen solche Begleiterscheinungen des Pressegeschäfts ist es wichtig, daß zumindest bei einem Teil des Publikums anspruchsvolle, ja utopische Erwartungshaltungen gepflegt werden. Ein Verzicht darauf bestärkt die Presseleute nur in ihrer bequemlichen Neigung, die Leser für dümmere zu halten als sie sind und sich bei Abstrichen an der inhaltlichen Qualität ihres Produkts auch noch auf die Wünsche und Bedürfnisse des Publikums zu berufen, ohne zu berücksichtigen, daß diese sich nicht zuletzt an dem orientieren, was die Zeitung tatsächlich zu bieten hat.

Komplexität als Strukturprinzip der Gegenwartsgesellschaft

Zu den unstreitigen Merkmalen der modernen Industriegesellschaft gehört ihr hohes Maß an Differenziertheit oder *Komplexität*. Was damit gemeint ist, läßt sich am besten durch den Vergleich mit ganz anderen Gesellschaftsformationen verdeutlichen, die im Gegensatz zu unserer eigenen eben *nicht* komplex sind. Emile Durkheim hat für solche Kulturen den Begriff „segmentär“ geprägt⁴, weil die Dörfer oder Familienclans, aus denen sie sich — als deren einfaches Nebeneinander — zusammensetzen, gleichförmig sind wie Segmente. Wer eines kennt, kennt sie alle, kennt die ganze Kultur. Auch innerhalb

der Segmente ist der Grad der Funktionsteilung gering: im Prinzip ist jedes Mitglied an der Erfüllung aller gesellschaftlich notwendigen Aufgaben beteiligt. Jeder produziert Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände, jeder erzieht Kinder, jeder heilt Krankheiten, jeder nimmt aktiv am religiösen Ritual teil usw. Sofern z. B. zwischen den Geschlechtern eine Arbeitsteilung besteht oder sich bereits einige handwerkliche Berufe (Schmied, Töpfer) bzw. intellektuelle Sonderpositionen (Priester, Mediziner) herauskristallisiert haben, sind diese spezialisierten Tätigkeiten den jeweils anderen aus nächster Nähe bekannt. Jeder ist also aus seiner unmittelbaren Lebenserfahrung heraus motiviert und in der Lage, sich kompetent am Zustandekommen aller die Gemeinschaft betreffenden Entscheidungen zu beteiligen. Demokratie ist zumindest von daher hier kein Problem, und tatsächlich sind urdemokratische Entscheidungsstrukturen z. B. für viele Kulturen des vorkolonialen Afrika südlich der Sahara typisch.⁵

Anders eine komplexe Industriegesellschaft. Hier sind die Teile, aus denen sie sich — als deren komplizierte Verschachtelung und Verzahnung — zusammenfügt, untereinander ganz verschieden: Betrieb, Familie, Schule, Universität, Klinik, Kirche, Gemeinde, Partei, Verein usw., wobei unter jede dieser Kategorien noch Gebilde mannigfacher Art und Größe fallen. Für alle gesellschaftlich notwendigen Aufgaben gibt es *Institutionen*, die eigens dazu da sind, diese und keine andere Funktion zu erfüllen: die Justiz, um Streitfälle zu schlichten; die Schule, um Kinder heranzubilden; die Feuerwehr, um Brände zu löschen. Jeder Beruf ist eine Institution, in der Bundesrepublik gibt es mehrere Tausend Berufe.

Warum es in einem Prozeß fortschreitender Arbeitsteilung und Institutionalisierung, der bis vor kurzem unaufhaltsam erschien, zu einem Höchstmaß an Komplexität gekommen ist, kann hier nur durch die Stichworte Technikentwicklung und Effektivität angedeutet werden. Jedenfalls handelt es sich um eine zentrale gesellschaftliche Bedingung unserer Existenz, die auch dann nicht mehr rückgängig zu machen ist, wenn sich herausstellen sollte, daß der geschichtliche Prozeß, der sie hervorbracht hat, heute kontraproduktiv geworden ist.

Das Problem der Komplexität

Im Zusammenhang mit der Massenkommunikation ist weniger die Ursache als eine Begleiterscheinung der Komplexität von Interesse, die zu den Schattenseiten der modernen Industriegesellschaft zählt. Die unmittelbaren Erfahrungen der in den verschiedenen Funktionsbereichen tätigen Menschen fallen hier nämlich so weit auseinander, daß sie den einzelnen nicht mehr ausreichend motivieren und befähigen, an den politischen Entscheidungsprozessen teilzunehmen, die für das Ganze und damit am Ende auch für ihn selbst von Bedeutung sind. Wer nur einige wenige der vielen Institutionen aus eigener Lebenspraxis kennt, hat deswegen eben noch lange kein gründliches Wissen über die ganze Gesellschaft und ihre Probleme. Was ein Hotelier in einem Schwarzwälder Luftkurort alltäglich selbst erlebt, wird ihn kaum bewegen, aktiv und beschlagen gegen die schleichende Vergiftung der Luft durch Industrie- und Autoabgase einzutreten. Dabei wird es am Ende gerade er sein, in dessen Leben das Waldsterben nachhaltig eingreift.

Der Phantasie, sich Beispiele dieser Art vorzustellen, sind keine Grenzen gesetzt. Müssen wir sie aber auch als problematisch empfinden? Dagegen könnte eingewendet werden, daß unser Gastronom oder irgendein anderer Normalbürger gar nicht unbedingt etwas von Umweltschutz, Bildungsplanung oder Verteidigungsstrategie zu verstehen braucht, da es genügend Fachleute gibt, auf die sich die Machthabenden bei ihren politischen Entscheidungen stützen können. Trotz oder gerade wegen ihrer hohen Verantwortung ist Experten und Politikern gegenüber freilich Mißtrauen geboten. Denn sie sind von der allgemeinen Abkapselung des Erfahrungswissens keineswegs ausgenommen, sondern sogar besonders betroffen. Fachmann zu sein bedeutet eben, von einer Sache alles verstehen zu müssen und alle anderen vergessen zu dürfen. Die Haushaltsexperten der Bundesbahn kümmert es z. B. wenig, ob der Anteil der Arbeitslosigkeit, der auf ihre Schrumpfungspolitik zurückgeht, am Ende vielleicht sogar höhere soziale Kosten verursacht als die herkömmlichen Zuschüsse aus dem Steueraufkommen. Und Politiker, besonders die an der Macht, haben sowohl das legitime Bedürfnis als auch die legalen Mittel, einen Schutzzaun um ihren Alltag zu errichten, der ihre Realitätswahrnehmung ein-

engt. Minister und Abgeordnete gehören zu den letzten, die von Arbeitslosigkeit oder Umwelt-Zerstörung persönlich betroffen werden. Gerade für unangenehme Realitäten haben sie daher oft nur wenig Sinn.

Unter Demokratie verstehen wir, daß die Elite der Regierenden von der regierten Bevölkerung wirksam kontrolliert und schlimmstenfalls zu den für das Allgemeinwohl erforderlichen Entscheidungen genötigt wird. Das ist in einer hochkomplexen Industriegesellschaft einerseits besonders schwierig, andererseits aber auch besonders wichtig. Besonders schwierig, weil das Auseinanderfallen des Erfahrungswissens die politische Partizipation aller behindert; und besonders wichtig, weil begrenzte Mißstände sich ohne die politische Partizipation aller insofern leicht zu bedrohlichen Gefahren für alle auswachsen können, als auch und gerade das Erfahrungswissen der Entscheidungselite von den Prozessen an der Basis der Gesellschaft abgekapselt ist.

Daß es in der Bundesrepublik zum Waldsterben, zu zehn Prozent Arbeitslosigkeit oder zu einem neuen Analphabetismus kommen kann, erscheint angesichts der nie dagewesenen Menge an natur- und sozialwissenschaftlicher Erkenntnis, die wir angesammelt haben, geradezu absurd. Das scheinbar Absurde ist möglich, weil das Wissen, das es verhindern könnte, zu lange isoliert bleibt. Weil es uns an sozialer Verfügungsgewalt über den ungeheuren Reichtum an Erfahrung und Erkenntnis mangelt, will es uns nicht recht gelingen, von ihm zu unserem eigenen Nutzen Gebrauch zu machen. Die aktuellen Beispiele für offensichtliche Fehlentwicklungen zeigen, wie wichtig es in einer komplexen Industriegesellschaft ist, das zersprengte Erfahrungswissen wenigstens soweit zusammenzufügen, daß Mißstände und Probleme von möglichst vielen Menschen möglichst frühzeitig in ihrer ganzen Tragweite erkannt werden. Denn nur dies ermöglicht ihre wirksame politische Verarbeitung, ehe sie zerstörerische Sprengkraft entwickeln können.

Die Aufgabe der Massenmedien

Auch für diese wichtige Funktion steht in der modernen Industriegesellschaft eine Institution bereit, ohne die sie unerfüllt bleiben müßte: das Massenmedium. Die soziale Aufgabe der

Presse, an der ihre Qualität gemessen werden sollte, besteht mit- hin darin, die mit der Komplexität vermachte Beschränktheit der Motivationen und Kompetenzen abzubauen, indem sie alle vorhandenen Erfahrungen und Erkenntnisse allgemein zugänglich macht und zueinander vermittelt. Dabei darf insbesondere jenes Erfahrungswissen nicht ausgespart werden, das Mißstände und Fehlentwicklungen anzeigt. Mit anderen Worten: der Leser sollte sich vor allem darauf verlassen können, daß die Zeitung strukturelle Probleme, die aufgrund der Komplexität sonst anfänglich verborgen blieben, frühzeitig wahrnimmt und auf eine für alle verständliche Art und Weise bekanntmacht.

Die Massenmedien haben es bei der Erfüllung ihrer Aufgabe nicht leicht. Menschen pflegen nämlich nur widerwillig zur Kenntnis zu nehmen, was sich nicht mit ihren eigenen Erfahrungen und Interessen deckt. Gerade bedrohliche Informationen werden gern übersehen oder wieder verdrängt. Beim Umgang mit Presse oder Rundfunk fällt selektive Wahrnehmung zur Bestätigung der schon vorhandenen Disposition besonders leicht, weil der Kommunikator darauf nicht reagiert. Im Unterschied zu einem Gesprächspartner wehrt sich ein Zeitungsartikel nicht dagegen, überlesen, falsch verstanden oder wieder vergessen zu werden.

Vor einiger Zeit herrschte deshalb die Meinung vor, Massenmedien seien nahezu ohne Wirkung auf die Einstellungen und das Verhalten der Rezipienten. Diese Theorie ist heute überholt. Ihr grundlegendes Element, die selektive Wahrnehmung aufgrund einer vorhandenen Disposition, legt selbst die mittlerweile bestätigte Vermutung nahe, daß Massenmedien dort einen außerordentlich starken Einfluß haben können, wo noch keine oder nur sehr unsichere Einstellungen beim Rezipienten vorhanden sind.⁶ Dort, wo die Presse besonders wichtig ist, beim Aufdecken von Fehlentwicklungen in ihrem Frühstadium nämlich, hat sie also auch relativ große Wirkungschancen!

Wie schwer es die Zeitung mit der Erfüllung ihrer Aufgabe aber auch haben mag: die selektive Wahrnehmung vieler Leser ist kein vernünftiger Grund, Ansprüche an die Qualität der journalistischen Arbeit zurückzuschrauben. Im Gegenteil: da psychische Barrieren, die die Aufnahme befremdlicher und bedrohlicher Informationen erschweren, die gesellschaftliche Notwendigkeit keineswegs aufheben, daß fremdes und bedrohliches

Erfahrungswissen von breiten Teilen der Bevölkerung zur Kenntnis genommen wird, sollten die Journalisten sich im vollen Bewußtsein dieses Problems um eine besonders hohe Qualität ihres Produkts bemühen, damit die Wahrnehmungsbarrieren des Publikums überwunden werden. Woran wäre eine hohe Qualität des Presseinhalts nun konkret zu erkennen?

Zunächst ergeben sich zwei selbstverständliche Ansprüche an die Zeitung, die keiner weiteren Erläuterung bedürfen: Erstens erwarten wir, daß das in ihr Berichtete mit der Realität übereinstimmt, also keine versehentlichen oder gar absichtlichen Unrichtigkeiten enthält. Bei einem Artikel über das Ansteigen der Kriminalität wollen wir uns z. B. darauf verlassen können, daß die Zahlenangaben mit seriösen Quellen übereinstimmen oder uns deren Unstimmigkeiten zumindest mitgeteilt werden. Zweitens erwarten wir über die Richtigkeit im einzelnen hinaus eine einigermaßen unverzerrte Wiedergabe der gesellschaftlichen Realität im ganzen, also z. B., daß sich in der Prozeßberichterstattung annähernd widerspiegelt, welches die häufigsten Deliktarten oder die typischen Tätergruppen sind. Dazu gehört auch, daß Tatsachen in ihren Zusammenhängen und vor ihren Hintergründen dargestellt werden. Nur wenn dem Leser klar wird, daß und wie Kriminalität und Arbeitslosigkeit miteinander zu tun haben, kann er sich an einer wirksamen sozialpolitischen Bekämpfung beider Probleme beteiligen.

Über diese beiden Selbstverständlichkeiten hinaus leite ich aus der gesellschaftlichen Aufgabe der Massenmedien drei Erwartungen an die Presse ab, ohne damit einen Anspruch auf Vollständigkeit zu erheben.

Spürsinn und Eigeninitiative

Damit die Zeitung Mißstände und Fehlentwicklungen rechtzeitig an die Öffentlichkeit bringen kann, gehört es noch zu den Selbstverständlichkeiten, daß sie nichts Problematisches verschweigt oder unterschlägt, das an sie herangetragen wird. Wenn sich besorgte Kenner der Materie vor Jahren an die Presse gewandt haben sollten, um vor den Folgen des Schwefeldioxids für den Wald zu warnen, hätte das nicht in den Papierkorb oder ins Archiv gehört, sondern an unübersehbarer Stelle ins Blatt, so abwegig es damals dem Redakteur auch hätte erscheinen

mögen. Das Nichtverschweigen des an die Zeitung Herangetragenen ist freilich noch nicht genug. Sie sollte auch von sich aus im Entstehen begriffene Probleme aufspüren und stets in dieser Richtung mit Recherchen aktiv sein, ohne daß Fehlentwicklungen erst durch ein spektakuläres Ereignis oder eine prominente Person ins Rampenlicht gerückt und dadurch gleichzeitig auch schon wieder verdeckt werden. Ist dies erst einmal eingetreten, ist es für eine wirksame politische Verarbeitung meist schon zu spät. Daß manche Forstverwaltungen seit Jahren tonnenweise Kalk auf den Waldboden streuen, um den sauren Regen zu neutralisieren, wäre ein für Maßnahmen gegen das Baumsterben außerordentlich wichtiges Thema gewesen, über das zu berichten von der Zeitung Eigeninitiative und selbständige Recherchen vor Ort erfordert hätte, weil Forstbeamte in der Regel nicht sehr publizitätsbewußte Leute sind, deren Tätigkeit normalerweise wenig Spektakuläres hergibt.

In ihren Kommentaren erheben Journalisten gern den mahnenden Finger, wenn es gegen Umweltvergiftung, Lagerung atomarer Vernichtungswaffen oder Boden- und Wohnraumspekulation zu unkonventionellen und gewalttätigen Protesten kommt. Dabei pflegen sie ihre eigene Verantwortung in dieser Sache gern zu übersehen. Denn Massenmedien, die es versäumen, Mißstände von sich aus im Alltäglichen aufzudecken und nur auf Spektakuläres reagieren, verschaffen unkonventionellen und gewalttätigen Aktionen aus zwei Gründen Legitimität: Erstens lassen sie den berechtigten Eindruck entstehen, daß es einer bewußten Übertretung der politischen Spielregeln bedarf, damit Probleme von der Öffentlichkeit wahrgenommen werden.⁷ Und zweitens liegt es nicht zuletzt an ihren Versäumnissen, wenn Fehlentwicklungen mangels politischer Partizipation der Bevölkerung derart eskalieren, daß das Ohnmachtsgefühl der Betroffenen in Gewalttätigkeit umschlägt.

Ein wesentliches Element der Selbständigkeit beim Recherchieren ist, daß die Zeitung ein waches Auge und ein offenes Ohr für kleine oder schwache Bevölkerungsgruppen hat, die nicht über eine institutionalisierte Interessenvertretung verfügen. Denn oft sind es Minderheiten und Randgruppen, die Fehlentwicklungen zuerst zu spüren bekommen, unter denen dann später auch andere zu leiden haben.

Kontrolle und Kritik der Macht

Zur Eigeninitiative, die der Leser von der Zeitung erwarten sollte, gehört also, daß sie sich ihre Themen nicht von den mächtigen Interessenverbänden und Politikern vorgeben läßt, zumal deren Spürsinn für problematische Entwicklungen aufgrund ihrer privilegierten Stellung oft nur wenig ausgebildet ist. Mehr noch: da ihnen die Aufgabe zufällt, die Erfahrungen und Interessen aller Bevölkerungsgruppen zu einer Öffentlichkeit zusammenzufassen, die die Entscheidungselite im Dienste des Allgemeinwohls kontrolliert, geziemt den Massenmedien nicht nur eine unabhängige, sondern den Spitzen von Staat und Wirtschaft gegenüber grundsätzlich mißtrauische, kritische Haltung. Die Leser sollten sich nicht damit zufrieden geben, daß ihre Zeitung die Äußerungen mächtiger Politiker in Anführungsstrichen wiedergibt, sondern sie sollten darauf bestehen, daß deren Handlungen und Argumente schonungslos auf ihre Versäumnisse und Schwächen geprüft werden, damit möglich wird, was Demokratie in einem formalen Sinne ausmacht: Daß durch Wahlen Regierungsmehrheiten zu Minderheiten und politische Minderheiten zu Regierungsmehrheiten werden. Gegenwärtig wäre z. B. mit Hartnäckigkeit darauf aufmerksam zu machen, welche verheerenden Folgen die neuen halbherzigen Verordnungen über den zulässigen Ausstoß von Schadstoffen bei Kohlekraftwerken und Kraftfahrzeugen auf den Wald haben werden, und daß die einmalige Gelegenheit verpaßt worden ist, den Regierungswechsel in Bonn für die dringend erforderliche Wende in der Umweltpolitik zu nutzen.

Umfragen haben ergeben, daß sich viele Journalisten tatsächlich subjektiv an der Norm der Machtkritik orientieren;⁸ diesen Bemühungen steht freilich entgegen, daß die Führungselite der etablierten Parteien vielfältige Mittel und Wege zur Verfügung hat, um zumal den öffentlich-rechtlichen Rundfunk, aber auch die Presse in ihrem Machtinteresse zu steuern. Z. B. machen, abgesehen von den Parteizeitungen selbst („Vorwärts“, „Bayernkurier“), gerade große Presseunternehmen wie der Springer-Verlag, die „Frankfurter Rundschau“ oder der „Spiegel“, aber auch manche Verleger von Regionalzeitungen gar kein Geheimnis aus ihrer Nähe zu dieser oder jener Partei.

Da die Herrschaftselite in der Bundesrepublik kein monoliti-

schers Block ist, sondern in zwei große, miteinander konkurrierende Lager zerfällt, gibt es für Journalisten eine bequeme Möglichkeit, Machtkritik und Anpassung an die etablierten Parteien miteinander zu verbinden: Die Konzentration auf den jeweiligen politischen Gegner, über den dann aus dem Blickwinkel des Lagers berichtet wird, mit dem man selbst verbunden ist. Tatsächlich wurde während der sozial-liberalen Koalition Strauß im SPD-nahen Fernsehmagazin „Panorama“ viel häufiger genannt als Schmidt, Brandt im unionsnahen „ZDF-Magazin“ viel häufiger als Kohl⁹, und der „Bayern-Kurier“ zieht lieber über SPD oder FDP her, als die Leistungen der eigenen CSU positiv herauszustellen.

Diese Art von kritischer Berichterstattung über Politiker trägt vermutlich ihren Teil zu der perspektivlosen Parteienverdrossenheit bei, die heute in der Bundesrepublik um sich greift. Jedenfalls ist dies nicht eine Machtkritik, die Leser von ihrer Zeitung erwarten sollten. Denn da das eine Lager der Herrschaftselite dem anderen nicht vorzuwerfen pflegt, was sich gegen seine eigene Reputation richten würde, werden dabei hinter der Maske der Aufklärung gerade die gefährlichsten Probleme und Fehlentwicklungen leicht ausgespart: Diejenigen nämlich, an denen alle Politiker, welchem Lager sie auch angehören mögen, wegen ihrer privilegierten und abgeschirmten Position als *Politiker* Anteil haben.

Für die schleichende Gefährdung der natürlichen Lebensbedingungen z. B. sind Politiker aller etablierten Parteien aufgrund ihrer allzulangen Passivität in Sachen Umweltschutz verantwortlich. Obwohl sich mittlerweile die meisten Mitglieder unserer Gesellschaft durch dieses Problem unmittelbar bedroht fühlen, ist es nach wie vor Brauch, daß sich Regierungslager und parlamentarische Opposition auf diesem Gebiet mit grundsätzlicher Kritik verschonen. Das hat schließlich zu den einschneidenden Veränderungen im Parteiensystem der Bundesrepublik geführt, die mit dem Einzug der Grünen in den Bundestag ihren vorläufigen Höhepunkt gefunden haben. Diese Veränderungen sind also aus einem strukturellen Versagen der etablierten Politiker zu erklären, das nicht zuletzt in einem entsprechenden Versagen der zu sehr auf die etablierten Politiker fixierten Massenmedien seine tiefere Ursache hat.

Allgemeinverständliche Vermittlungsformen

Wenn es die Aufgabe der Massenmedien in einer komplexen Industriegesellschaft ist, die Absperrung der unmittelbaren Erfahrungen voneinander zu durchbrechen und so jedermann zu befähigen, sich an der Lösung dringlicher Probleme zu beteiligen, dürfen die Vermittlungsformen, deren sich die Zeitung bedient, niemanden vom Verständnis der berichteten Sachverhalte ausschließen. Die wichtigste Vermittlungsform der gedruckten Medien ist die Sprache. Unter Pressejournalisten scheint denn auch weitgehend Einigkeit darüber zu bestehen, daß akademische Fachterminologien mit ihren Fremdwörtern und Schachtelsätzen *nicht* in die Zeitung gehören. Weniger verbreitet ist das Bewußtsein davon, daß auch mancher in den Medien eingebürgerte Jargon, manche journalistische Sprachregelung außerordentlich borniert ist. Die Wirtschaftsteile und Feuilletonseiten geben hierfür unrühmliche Beispiele ab.¹⁰

Über die Allgemeinverständlichkeit der Sprache hinaus sollten zumal politische Presseinformationen einen Bezug zum Alltag des Lesers haben. Denn nur wenn dieser eine praktische Bedeutung für sich selbst erkennt, wird bei ihm die Motivation entstehen, sich für die Bewältigung eines von der Zeitung dargestellten Problems einzusetzen. In dieser, freilich nur in dieser Hinsicht hätte der seriöse politische Journalismus vielleicht sogar einiges von den Kollegen aus der Boulevardbranche zu lernen.

Um noch einmal auf das Beispiel des Waldsterbens zurückzukommen: Es ist der vermittelnden Aufgabe der Zeitung noch wenig damit gedient, wenn ein Biologieprofessor Raum erhält, um in der für wissenschaftliche Forschung typischen Sprache die Zusammenhänge zwischen Schwefeldioxidanreicherungen in der Luft und Baumkrankheiten darzustellen. Es ist auch nicht viel gewonnen, wenn im Wirtschaftsteil die schlechten Bilanzen der Forstwirtschaft oder im Feuilleton ästhetisierende Klagelieder auf den Artenreichtum erscheinen. Selbst den heute üblichen Meldungen und Kommentaren zu diesem Thema auf der Titelseite, z. B. anläßlich einer Bundestagsdebatte zum Umweltschutz, ist aufgrund ihrer geradezu sprichwörtlichen Abgehobenheit vom Alltag keine große Wirksamkeit zuzutrauen. All das geht wieder nur bestimmten Gruppen der Leserschaft nahe,

die selbst entsprechende wirtschaftliche, kulturelle oder politische Erfahrungen und Interessen haben: Waldbesitzer, Gymnasiallehrer, Parteimitglieder.

Breitenwirkung wird nur erzielt, wenn es der Zeitung gelingt, zu jedermanns Alltag eine Brücke zu schlagen. Zu jedermanns Alltag gehört seine unmittelbare Umgebung. Hier ist die praktische Bedeutung dargestellter Probleme für das eigene Leben des Lesers am deutlichsten sichtbar zu machen. Zur Aktivität vermag ihn weniger die Prozentzahl der bereits erkrankten Nadelbäume zu bewegen, als daß der nahegelegene Wald, in dem er spazierenzugehen pflegt, in Zukunft vielleicht nicht mehr da sein wird. Es ist daher der *Lokalteil*, auf den wir unsere Qualitätsansprüche an die Zeitung — Spürsinn, Unabhängigkeit, Machtkritik — in erster Linie richten sollten. Im übrigen ist das Lokale angesichts der Konkurrenz durch die vorläufig noch überregional orientierten Funkmedien heute die eigentliche Domäne der Zeitung. Was im politischen Aufmacher steht, haben die meisten Leser schon am Abend zuvor in der „Tagesschau“ gesehen. Wenn sie eine Zeitung abonnieren, dann vor allem, weil sie Tips und Informationen über das Geschehen in ihrer näheren Umgebung haben wollen.

Im Lokalressort kostet es freilich auch am meisten Geschicklichkeit und Mut, die erwähnten Qualitätsansprüche zu erfüllen. Der abstrakte Kommentar im politischen Teil tut niemandem weh, selbst wenn er kritisch ist. Wenn hingegen eklatante Versäumnisse der Stadtverwaltung oder illegale Praktiken ortsansässiger Firmen aufgedeckt werden, hat das in der Regel Auswirkungen auf die jeweiligen Karrieren oder Umsätze. Im übrigen fällt dem kritisierten Lokalpolitiker der Kontakt zur Zeitung besonders leicht, weil er den verantwortlichen Redakteur z.B. aus dem Sportverein kennt. Die Lokalredaktion ist daher einem stärkeren Druck von außen ausgesetzt als die anderen Ressorts. Hieraus ergibt sich ein Anspruch des Lesers, der sich ausnahmsweise auch auf die betriebliche Organisation der Zeitung bezieht: Journalisten, die für den Lokalteil arbeiten, sollten besonders fähig und integer sein. Hierher gehören die Geschicktesten, Mutigsten und Erfahrensten in ihrem Beruf. Hier sollten auch die höchsten Gehälter gezahlt werden. Tatsächlich verhält es sich in der Regel umgekehrt: die Tätigkeit des Lokaljournalisten ist wenig beliebt und schlecht bezahlt,

der ehrgeizige Redakteur strebt in andere Ressorts, ein großer Teil der Arbeit wird unerfahrenen Anfängern und freien Mitarbeitern überlassen.

Sollen „Betroffene“ die Zeitung machen?

Eine abschließende Bemerkung zum Thema Allgemeinverständlichkeit ist notwendig, damit die Akzentuierung der Lokalberichterstattung nicht mißverstanden wird. Seit einiger Zeit ist es Mode, daß „Betroffene“ aus ihren unmittelbaren Erfahrungen und Interessen heraus selbst die Zeitung machen sollen. Dies ist jedenfalls das Programm, welches Stadtzeitungen, Freie Radios usw. proklamieren, ohne selbst freilich in der Praxis ganz auf redaktionelle Auswahl und Überarbeitung verzichten zu können.

Nichts, so scheint mir, ist ungeeigneter, um die Absperrung und Borniertheit des Erfahrungswissens in einer komplexen Industriegesellschaft zu durchbrechen, als dies „alternative“ Prinzip, den Selbstbezug spontan zum Ausdruck kommen zu lassen. Unmittelbare Betroffenheit äußert sich in der Regel eben nicht so, daß sie von anderen, Nichtbetroffenen, in ihrer ganzen Tragweite begriffen wird. So, wie manche junge Arbeitslose ihre Wut zeigen, wird sie dem älteren Angestellten, der sich seiner Stellung sicher glaubt, kaum verständlich werden können, obwohl auch ihn die Arbeitslosigkeit schon wegen ihrer sozialen Kosten angeht und obwohl auch er zu ihrer wirksamen Bekämpfung gebraucht wird. Damit das, was unmittelbar Betroffene spontan äußern, in die Breite gehen und politisch wirksam werden kann, muß es von Journalisten weitergedacht und in seine gesellschaftlichen Zusammenhänge gestellt werden, bis es an die Lebenswirklichkeit des Lesers heranreicht und dieser seine *mittelbare* Betroffenheit erkennt. Die Übersetzung des Verallgemeinerbaren von einer Lebenswirklichkeit in die andere ist die große Aufgabe der Zeitung. Dazu ist ein Mindestmaß an kritischer Distanz zu den verschiedenen Lebenswirklichkeiten notwendig.

Materialhinweise

- 1 Zur Entstehung der Presse ist immer noch am aufschlußreichsten: Habermas, Jürgen: Strukturwandel der Öffentlichkeit. 1962
- 2 Vgl. Kiefer, Marie-Luise: Massenkommunikation 1964 bis 1980. Trendanalyse zur Mediennutzung und Medienbewertung. In: Media Perspektiven, 1981/4, S. 261 — 286, bes. S. 282 ff.
- 3 Dovifat, Emil: Zeitungslehre I. Erster Band. Theoretische Grundlagen, Nachricht und Meinung, Sprache und Form. 1937, S. 66.
- 4 Vgl. Durkheim, Emile: Über die Teilung der sozialen Arbeit. Eingel. v. Niklas Luhmann. 1977.
- 5 Vgl. Trappe, Paul: Sozialer Wandel in Afrika südlich der Sahara. Erster Teil. Unter Mitarbeit. v. K.-D. Osswald und B. Baldus. 1968.
- 6 Vgl. Geißler, Rainer: Welchen Einfluß haben Massenmedien auf politisches Bewußtsein und politisches Handeln? In: B. Claußen und K. Wasmund (Hrsg.): Handbuch der politischen Sozialisation. 1982, S. 84 — 103, S. 92.
- 7 Einen empirischen Beleg dafür liefert z. B. van Buijen, Shirley: Die Kernenergie-Kontroverse im Spiegel der Tageszeitungen. Inhaltsanalytische Auswertung eines exemplarischen Teils der Informationsmedien. 1980, S. 119 ff.
- 8 Belege dafür z. B. bei Donsbach, Wolfgang: Aus eigenem Recht. Legitimitätsbewußtsein und Legitimationsgründe von Journalisten. In: Kepplinger, H. M. (Hrsg.): Angepaßte Außenseiter. Was Journalisten denken und wie sie arbeiten. 1979, S. 29 — 48.
- 9 Vgl. Ruhland, Walter: Fernsehmagazine und Parteien. Die Darstellung der Parteien in den innenpolitischen Magazinen des deutschen Fernsehens im Bundestagswahljahr 1976. 1979.
- 10 Vgl. Glotz, Peter und Langenbacher, Wolfgang R.: Der mißachtete Leser. Zur Kritik der deutschen Presse. 1969.

Autorenverzeichnis

Dr. Walter Dirks

1924—34 Feuilleton-Chef der „Rhein-Mainischen Volkszeitung“; 1935—43 Redakteur bei der „Frankfurter Zeitung“; Mitbegründer der „Frankfurter Hefte“; 1956—67 Leiter der Hauptabteilung Kultur am Westdeutschen Rundfunk.

Leopold Glaser

Dipl.-Soz., Redakteur für allgemeine gesellschaftspolitische Fragen und Kirchenfragen bei der katholischen Wochenzeitung „Publik“ und bei der Badischen Zeitung.

Dr. Horst Pöttker

Wissenschaftlicher Mitarbeiter im Fach Soziologie an der Universität-Gesamthochschule Siegen, Lehrbeauftragter der Universität Freiburg i. Br.

Überlegungen zum Selbstverständnis
journalistischer Arbeit

Walter Dirks (Hrsg.)

Überlegungen
zum Selbstverständnis
journalistischer Arbeit

Mit Beiträgen von
Walter Dirks · Leopold Glaser
Horst Pöttker

Schriftenreihe der Katholischen Akademie
der Erzdiözese Freiburg

Herausgegeben von Dietmar Bader

Verlag Schnell & Steiner München · Zürich

Inhalt

Walter Dirks

Vorwort 7

Walter Dirks

Überlegungen zum Selbstverständnis
journalistischer Arbeit 9

Leopold Glaser

Von der Freiheit des Journalistenmenschen 28

Horst Pöttker

Was erwartet der Leser von der Zeitung? 32

Autorenverzeichnis 47

Alle Rechte vorbehalten
© 1984 Katholische Akademie Freiburg
und Verlag Schnell & Steiner München · Zürich
Druck: Erhardi Druck GmbH Regensburg
ISBN 3-7954-0132-1